

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Diensttag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., wozu jährlich Beleggebühren. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Briefetal-Bote Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Die monatliche Beleggebühren betragen 26 Pfennig, die Restzahlung 1 Mark.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für Bergfelde, Schönfließ, Frohnau, Summt und Umgegend

Verantwortlicher: Amt Birkenwerder 2006

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 106

Verantwortlicher Amt Birkenwerder 2006

Dienstag, den 3. Juli 1930

Postfachkonto Berlin 62 448

29. Jahrg

### Hohen Neuendorf.

13. Sitzung der Gemeindevertretung. Am Montag, dem 7. Juli d. Js. 20 Uhr. findet in dem Saale des Lokals „Kurhaus“, Auguststraße 54, die 13. Sitzung der Gemeindevertretung statt.

#### Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Prüfung des Vorschlages und der Gemeindesteuern für 1930.

### Der leere Reichstag

Verhandlungsfähigkeit: eine begrünsvorte Neuerung. Berlin, 6. Juli.

Die Vollversammlungen des Reichstages sind meist sehr schwach besucht. Auch wichtige Angelegenheiten rufen nur einen Teil der Volksboten zusammen. Nur bei namentlichen Abstimmungen, bei denen ein Fehlen eine Strafe von 20 Mark einbringt, füllen sich die Bänke.

Im übrigen müssen sich aber die Redner im Sitzungssaal in der Regel mit einem Dutzend Zuhörer begnügen, von denen die meisten außerdem ungeniert die Zeichen größter Langeweile von sich geben. Oft sind auch nur die Redner im Saale anwesend, die auf der Namensliste aufgezogen sind und die noch auf ihr Stichwort warten.

Auf den Besucher macht eine solche Reichstagsitzung natürlich einen etwas niederdrückenden Eindruck, besonders wenn er mit hochgehobenen Erwartungen nach der Reichshauptstadt gekommen ist. Es wird daher erwogen, ob nicht für den Reichstag, wie es in anderen Parlamenten bereits üblich ist, auch eine besondere „Verhandlungsfähigkeit“ festgesetzt werden soll. In verschiedenen ausländischen Parlamenten besteht zum Beispiel die Bestimmung, daß die betreffende Kammer nicht mehr verhandlungsfähig ist, wenn die Zahl der Teilnehmer unter 40 herabsinkt. Es ist nicht ausgeschlossen, daß für den Reichstag eine ähnliche Regelung Platz greifen wird.

### Reichshaushalt genehmigt

Protokoll angenommen

Der Antrag der Wirtschaftspartei auf Ausgestaltung der produktiven Erwerbslosenfürsorge wird ohne Debatte dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann die zweite Beratung des Protokolles.

Abg. Simon-Franken (Soz.) stimmt dem Geset zu und bedauert, daß im Ausschuss die Regierungsvorlage zum Schaden der Verbraucher verfehlter worden sei.

Abg. Hoernle (Komm.) lehnt die Vorlage ab.

Abg. Kielesberg (Dn.) begründet einen auch von der Wirtschaftspartei und der Bayerischen Volkspartei gestellten Antrag auf Streichung des § 4, der vorschreibt, daß Roggen- und Weizenmehl nur in bestimmten Gewichten hergestellt werden darf.

Abg. Frau Wurm (Soz.) bekämpft den Antrag Kielesberg.

Abg. Drewh (W. F.) weist darauf hin, daß in Berlin schon längst das Brotgebot in den Bäckereien angehen werden müsse. Der § 4 würde aber technisch kaum durchführbar sein und zu vielen Schikanen führen. Bei Aufrechterhaltung dieses „Zuchthausparagrafen“ werde die Wirtschaftspartei das Gesetz ablehnen.

Der Antrag auf Streichung des § 4 wird abgelehnt. Das Protokoll wird in der Ausschussfassung in zweiter Beratung angenommen. Die dritte Beratung soll später stattfinden.

Hierauf wird ohne Aussprache der Haushalt des Reichstages in zweiter Beratung angenommen.

Um 1½ Uhr verläßt das Haus auf Montag, 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht der Haushalt des Reichsfinanzministeriums in Verbindung mit den neuen Deckungsvorlagen.

### Die Feier des Unabhängigkeitstages

New York, 7. Juli.

Die überaus begeisterte Feier des amerikanischen Unabhängigkeitstages forderte wie alljährlich zahlreiche Opfer, obgleich die übliche wilde Feststimmung durch die Wirtschaftskrise in diesem Jahre stark gemildert war. Insgesamt fanden auf dem ganzen Gebiet der Vereinigten Staaten über 200 Personen durch die Explosion von Feuerwerkskörpern, durch Anstöße und beim Baden den Tod. Die Zahl der Verletzten beträgt mehrere tausend. In New York allein zählte man 20 Todesopfer.

### Fortschreitende Klärung

Nach der Parteiführerbesprechung am Ende der vergangenen Woche verläßt sich in politischen Kreisen der Eindruck, daß die Reichsregierung wiederum einen Schritt vorwärts gekommen ist. Selbstverständlich müssen die Verhandlungen noch fortgesetzt werden, da in der stattgehabten allgemeinen Fühlungsnahme nur sämtliche Vorlagen einer vorläufigen Durchprüfung unterzogen werden konnten. Erst Anfang der Woche wird man versuchen, aus dem Gesamtprogramm der Reichsregierung alle diejenigen Punkte auszufortieren, in denen Schwierigkeiten bestehen. An eine grundlegende materielle Abänderung des jetzigen Deckungsprogramms ist nicht zu denken. Man glaubt daher innerhalb der Regierungskoalition, der Deutschen Volkspartei in der Weise entgegenkommen zu können, daß man sich in gewissen Umfang bezüglich der weiteren Entwicklung festlegt. Bekanntlich plant die Reichsregierung aber die Inangriffnahme der großen Finanzreform erst im Herbst. Man will der Deutschen Volkspartei nunmehr Zusicherungen in der Richtung ihrer Forderungen für den Herbst geben. Damit glaubt man in Regierungskreisen, mit Bestimmtheit auf ihre Unterstützung bei der Verabschiedung der Deckungsvorlagen bauen zu können.

Biel ist damit schon gewonnen, jedoch nicht alles, da kleine Abspaltungen vom Regierungsbündnis möglicherweise zu erwarten sind, so bei den bayerischen Bauern bzw. bei den christlich-nationalen Bauern. Die Regierung ist also nach wie vor auf Unterstützung von außerhalb der Koalition stehenden Parteien angewiesen. Ob sie diese nun von links oder von rechts her erhalten wird, darüber läßt sich Gewißheit erst in den nächsten Tagen erlangen.

Nach wie vor steht aber die Unterstützung von rechts im Vordergrund. Ein Teil der Deutschnationalen nämlich scheint trotz der Ablehnung der Finanzvorlagen durch die Fraktion, die bereits vor der Plenaritzung des Reichsrats erfolgte, gelassen, der Regierung an die Seite zu treten. Im Reichstage war am Wochenende die Version verbreitet, daß von den 21 Mitgliedern des Wehrapp-Flügels, die gegen die Verabschiedung des Fraktionsbeschlusses gestimmt haben, 15 auf jeden Fall ein gemäß den Forderungen der Parteien umgestaltetes Deckungsprogramm billigen werden. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, daß im Regierungslager wieder der Gedanke eines Junctims zwischen Steuerreform und Osthilfe einerseits und zwischen Steuerreform und Sozialversicherungsreform andererseits neuerdings erwogen wird.

### Amerikanischer Flottenbesuch in Kiel

Kiel, 5. Juli.

Ein amerikanisches Geschwader, bestehend aus den Einheitschiffen „Arkansas“, „Florida“ und „Lafayette“, lief am Sonnabend zu mehrtägigem Besuch in den Kieler Hafen ein. An den Fördern und auf zahlreichen Booten hatten sich viele Schaulustige eingefunden, die den amerikanischen Gästen einen freundlichen Empfang bereiteten. Die Mannschaften der im Hafen liegenden deutschen Kriegsschiffe „Schleswig-Holstein“, „Hessen“, „Königsberg“ und „Köln“ hatten Aufstellung an Bord genommen. Der amerikanische Geschwaderchef, Admiral Cluervius, stattete dem Chef der Marineinfanterie der Offize, Admiral Hansen, dem Oberpräsidenten von Kiel Dr. Luettich und dem flottenretierenden Flottenchef Konteradmiral Foerster Besuche ab.

### Die Stimme Eupen-Malmedys

Der immer wiederkehrende Protest.

Berlin, 6. Juli.

Auf der Tagesordnung der letzten Sitzung des Lütticher Provinzialrates stand u. a. die Erörterung des Antrages Wigny (Rath) und Genossen auf Gewährung einer Beihilfe an die Waisenhäuser der Provinz, die ihre Pflegeverpflichteten zur Lütticher Weltausstellung schickten, die bekanntlich ebenso wie die Ausstellung in Antwerpen aus Anlaß der belgischen Hundertjahrfeier veranstaltet wird.

Die drei Vertreter der Christlichen Volkspartei Eupen-Malmedy-St. Vith stimmten dem Antrag zu und begründeten dies wie folgt: Wir wollen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Zustimmung keine Anerkennung des gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustandes unserer Gebiete bedeutet. Wir werden im Gegenteil, getreu dem Programm der Christlichen Volkspartei, in Uebereinstimmung mit unseren Wählern und der überwältigenden Mehrheit unserer Bevölkerung nicht aufhören, für Eupen, Malmedy und St. Vith eine neue, regelrechte Volksbefragung zu verlangen.

Es ist wahrscheinlich, daß die Erklärung, die der Provinzialrat mit gespannter Aufmerksamkeit anhörte und mit tiefem Stillschweigen aufnahm, der Kritik begegnen und in Belgien an manchen Stellen Unbehagen auslösen wird. Alle rechtlich denkenden Menschen aber werden sie billigen. Sie wird die Welt daran erinnern, daß vor nunmehr zehn Jahren an Eupen und Malmedy Unrecht geschah, dessen Wiedergutmachung noch immer aussteht.

### Um Frankreichs Schützlinge

Paris, 7. Juli.

Die Unterredung, die der französische Außenminister mit dem deutschen Botschafter von Hoehch hatte, scheint nach der letzten Entwicklung doch einen viel ernsteren Charakter getragen zu haben, als man dies vielleicht mit Rücksicht auf die deutsch-französischen Beziehungen zugeben will.

Wenn auch die Darstellung der französischen Presse, die von einer Demarche des Außenministers spricht, übertrieben sein dürfte, da ja ein derartiger Schritt nicht in Paris, sondern in Berlin erfolgen müßte, so trifft doch die Tatsache zu, daß Briand während der Unterredung auf die letzten Ereignisse im Rheinland hingewiesen und sein Bedauern über die Mißlinge zum Ausdruck gebracht hat. Eine soeben ausgegebene Mitteilung des Quai d'Orsay läßt sogar die Vermutung aufkommen, daß die Gerüchte über einen amtlichen Schritt nur den Tatsachen vorausseilen und daß die französische Regierung sich erstlich mit dieser Absicht trägt, um

„ihre Freunde im Rheinland“

zu schützen. In dieser Mitteilung heißt es, der französische Außenminister habe mit dem deutschen Botschafter von Hoehch eine Unterredung über die Zwischenfälle und Unruhen gehabt, die sich in gewissen rheinischen Städten zugetragen hätten und im Widerspruch zu den zwischen den alliierten und den deutschen amtlichen Stellen getroffenen Vereinbarungen ständen, die verhindern sollten,

daß gegen diejenigen Personen Vergeltungsmaßnahmen ergriffen würden, die zu der Belagerung in näheren Beziehungen gestanden hätten. Außenminister Briand habe die französischen Konsulatsbehörden in Deutschland beauftragt, ihn dringlich und ausführlich über die Ereignisse zu unterrichten, die von der deutschen und französischen Presse gemeldet worden seien.

So weit die amtliche Darstellung, aus der mit Deutlichkeit hervorgeht, daß die Ereignisse im Rheinland in der Unterredung Briands mit dem deutschen Botschafter nicht nur gestreift wurden, sondern Gegenstand eingehender Besprechungen waren. Durch die überraschende Veröffentlichung des französischen Außenministeriums über die Vorgänge im Rheinland haben die Erklärungen Briands gegenüber dem Botschafter von Hoehch tatsächlich bereits den Charakter eines amtlichen Schrittes angenommen, wiewohl er in solchen Fällen übliche Weg über Berlin noch nicht eingeschlagen wurde.

Die französische Regierung macht also tatsächlich den Versuch, sich über die Räumung des Rheinlandes hinaus in innerdeutsche Vorgänge einzumischen und sich das Richteramt über Zwischenfälle anzumachen, für deren Klärung auf deutschem Hoheitsgebiet einzig und allein die deutschen Behörden zuständig sind. Da es sich bei den geschädigten Separatisten um deutsche und nicht um französische Bürger handelt, kann die Anweisung Briands an die französischen Konsulate moralisch gar nicht anders gewertet werden. Anlässlich dieser Tatsache muß festgesetzt werden, daß die Haltung Briands dem „Geist der Verständigung“ schroff widerspricht und daß die deutsch-französischen Beziehungen von Paris aus erneut einer schweren Belastung ausgesetzt worden sind.

### Neue polnische Grenzverletzungen

Schärfere Tonart ist notwendig.

Berlin, 7. Juli.

Wie im Vorjahre, so beginnen auch in diesem Sommer wieder die polnischen Flieger ihre Vorstöße auf deutsches Gebiet, die in so häufiger Wiederholung und in solchem Ausmaß geschehen, daß dabei von einem unablässigen Ueberfliegen der Grenze nicht mehr die Rede sein kann.

Angeichts der Tatsache, daß neuerdings gleich ein ganzes polnisches Flugzeuggeschwader die ostpreussische Grenze überflogen hat und weit auf deutsches Gebiet vorgestoßen ist, wobei die Bewegungen der Flugzeuge deutlich die Absicht einer Auslandsstation erkennen lassen, wird es notwendig sein, daß die maßgebende deutsche Stelle nicht zögert, in Warschau vorstellig zu werden. Das Auswärtige Amt wird sich dabei auf Grund der früheren Erfahrungen nicht scheuen dürfen, schärfere Töne anzuschlagen und den Polen verständlich zu machen, daß es im äußersten Falle Mittel gibt, das deutsche Hoheitsgebiet gegen derartige Einbrüche und unzweifelhafte Spionageveruche zu schützen.

### Neuer Nord bei Stettin.

Stettin, den 6. Juli. Noch ist die Stettiner Kriminalpolizei mit der Aufklärung des Mordes an dem Pastor Kappel bei Dagerow beschäftigt, da kam am Sonntagvormittag die Nachricht von einem neuen Mordfall. Im Stettiner Stadtgebiet, auf einem Friede gegenüber dem Hauptfriedhof, wurde Sonntag vormittag die Leiche eines Mannes gefunden, an dem anscheinend ein Lustmord verübt worden ist.